



Inhalt	Seite
Satzung z. Änderung d. Satzung „Untere Au / Untergiesing“ d. Landeshauptstadt München z. Erhaltung d. Zusammensetzung d. Wohnbevölkerung gem. § 172 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 BauGB (Erhaltungssatzung „Untere Au / Untergiesing“) v. 22. Dez. 2008	17
Bekanntmachung üb. d. Erlass d. Bebauungsplanes mit Grünordnung Nr. 2025 d. Landeshauptstadt München Heinrich-Braun-Weg (Teiländerung d. Bebauungspläne Nr. 808 u. Nr. 1571) v. 17. Dez. 2008	20
Aufgebot verloren gegangener Sparkassenbücher	20
Kraftloserklärung verloren gegangener Sparkassenbücher	20
<hr/>	
Nichtamtlicher Teil	
Buchbesprechungen	21

§ 1 Abs. 2 erhält folgende Fassung:

„Der räumliche Geltungsbereich dieser Satzung wird gemäß dem beigefügten Lageplan des Planungsreferates vom 18.09.2008, ausgefertigt am 22.12.2008, der Bestandteil der Satzung ist, im Maßstab 1 : 5.000 festgelegt.“

§ 2 Inkrafttreten

Die Satzung tritt am Tag nach ihrer Bekanntmachung in Kraft.

Der Stadtrat hat die Satzung am 26. November 2008 beschlossen.

Hinweis gemäß § 215 BauGB:

Unbeachtlich werden

- eine nach § 214 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 bis 3 BauGB beachtliche Verletzung der dort bezeichneten Verfahrens- und Formvorschriften und
- nach § 214 Abs. 3 Satz 2 BauGB beachtliche Mängel des Abwägungsvorgangs,

wenn sie nicht innerhalb eines Jahres seit Bekanntmachung der vorstehenden Satzung schriftlich gegenüber der Landeshauptstadt München (Referat für Stadtplanung und Bauordnung) unter Darlegung des die Verletzung oder den Mangel begründenden Sachverhalts geltend gemacht worden sind.

München, 22. Dezember 2008

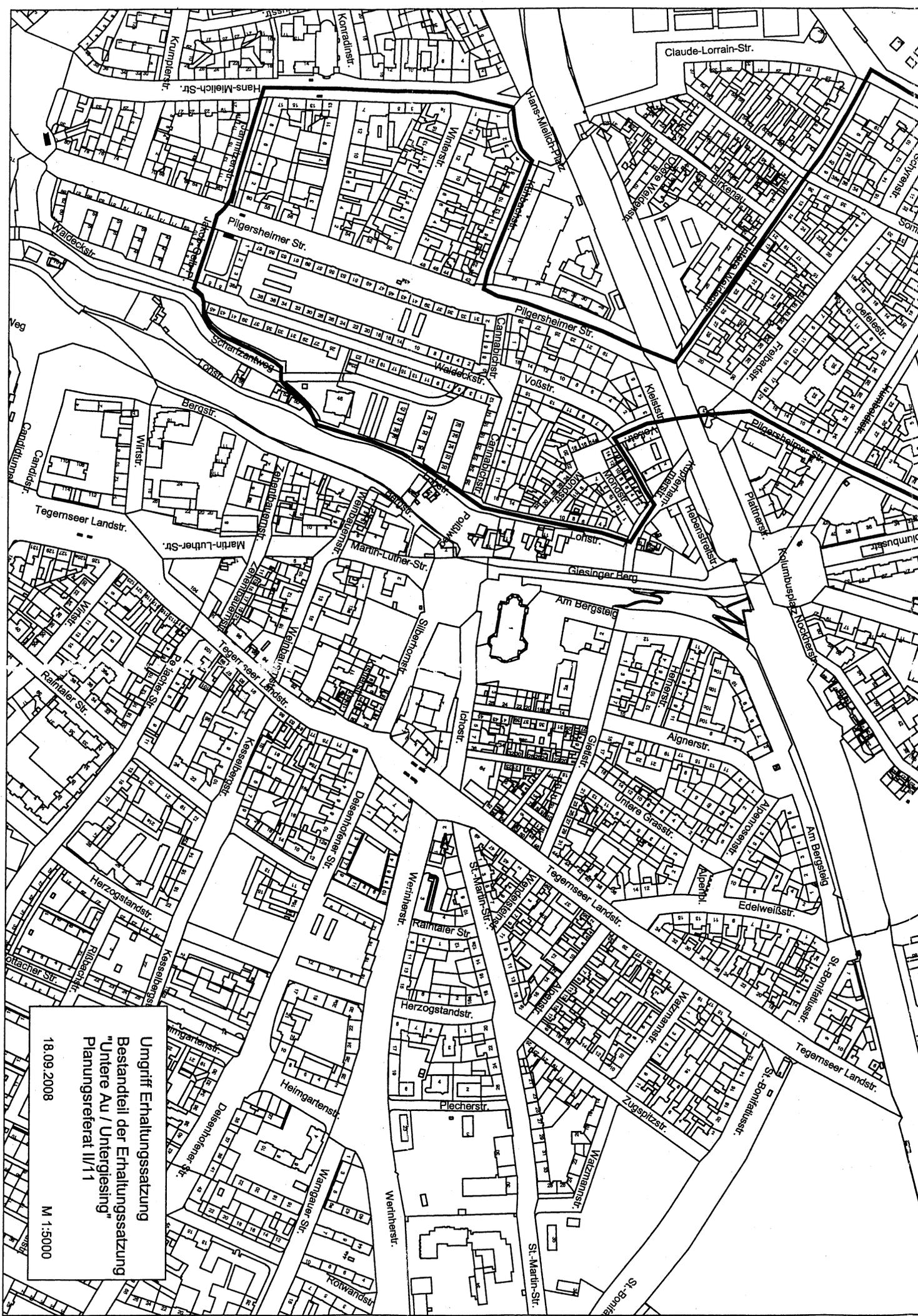
Christian Ude
Oberbürgermeister

Satzung zur Änderung der Satzung "Untere Au / Untergiesing" der Landeshauptstadt München zur Erhaltung der Zusammensetzung der Wohnbevölkerung gemäß § 172 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 BauGB (Erhaltungssatzung "Untere Au / Untergiesing") vom 22. Dezember 2008

Die Landeshauptstadt München erlässt aufgrund des Art. 23 der Gemeindeordnung für den Freistaat Bayern (GO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 22.08.1998 (GVBl. S. 796, BayRS 2020-1-1-I), zuletzt geändert durch Gesetz vom 20.12.2007 (GVBl. S. 958) und § 172 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 Baugesetzbuch (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 23.09.2004 (BGBl. I S. 2414), zuletzt geändert durch Gesetz vom 21.12.2006 (BGBl. I S. 3316), folgende Satzung:

§ 1

Die Satzung "Untere Au / Untergiesing" der Landeshauptstadt München zur Erhaltung der Zusammensetzung der Wohnbevölkerung gemäß § 172 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 BauGB (Erhaltungssatzung "Untere Au / Untergiesing") vom 23.05.2006 (MüABl. 2006, S. 183 ff und S. 228) wird wie folgt geändert.



Umgriff Erhaltungssatzung
 Bestandteil der Erhaltungssatzung
 "Untere Au / Untergiesing"
 Planungsreferat II/11
 18.09.2008
 M 1:5000



München,
Christian Ude
Oberbürgermeister
16. Dezember 2008

**Bekanntmachung
über den Erlass des Bebauungsplanes mit Grünordnung
Nr. 2025 der Landeshauptstadt München
Heinrich-Braun-Weg
(Teiländerung der Bebauungspläne Nr. 808 und Nr. 1571)
vom 17. Dezember 2008**

Der Stadtrat der Landeshauptstadt München hat für das oben bezeichnete Gebiet am 16.07.2008 den Bebauungsplan mit Grünordnung Nr. 2025 als Satzung beschlossen. Der Bebauungsplan tritt mit dieser Bekanntmachung nach § 10 Abs. 3 BauGB in Kraft.

Der Bebauungsplan mit Grünordnung, der im vereinfachten Verfahren gem. § 13 BauGB aufgestellt wurde, wird mit Begründung vom Tag der Veröffentlichung dieser Bekanntmachung an zu jedermanns Einsicht beim Referat für Stadtplanung und Bauordnung, Hochhaus, Blumenstraße 28b, während der Dienststunden (Montag - Donnerstag von 9.30 Uhr bis 15.00 Uhr, Freitag 9.30 Uhr bis 12.30 Uhr) bereitgehalten. Außerhalb dieses Zeitraumes können Termine zur Einsichtnahme vereinbart werden (Tel. 233-00). Auf Verlangen wird über den Inhalt des Bebauungsplanes mit Grünordnung Auskunft gegeben.

Hinweis gemäß § 44 BauGB:

Es wird auf die Vorschriften des § 44 Abs. 3 Satz 1 und 2 sowie Abs. 4 BauGB hingewiesen.

Danach erlöschen Entschädigungsansprüche für nach den §§ 39 bis 42 BauGB eingetretene Vermögensnachteile, wenn nicht innerhalb von drei Jahren nach Ablauf des Kalenderjahres, in dem die Vermögensnachteile eingetreten sind, die Fälligkeit des Anspruchs herbeigeführt wird.

Hinweis gemäß § 215 BauGB:

Unbeachtlich werden

1. eine nach § 214 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 bis 3 BauGB beachtliche Verletzung der dort bezeichneten Verfahrens- und Formvorschriften,
2. eine unter Berücksichtigung des § 214 Abs. 2 BauGB beachtliche Verletzung der Vorschriften über das Verhältnis des Bebauungsplans und des Flächennutzungsplans und
3. nach § 214 Abs. 3 Satz 2 BauGB beachtliche Mängel des Abwägungsvorgangs,

wenn sie nicht innerhalb eines Jahres seit Bekanntmachung des vorstehenden Bebauungsplanes mit Grünordnung schriftlich gegenüber der Landeshauptstadt München (Referat für Stadtplanung und Bauordnung) unter Darlegung des die Verletzung oder den Mangel begründenden Sachverhalts geltend gemacht worden sind.

München, 17. Dezember 2008 Christian Ude
Oberbürgermeister

Aufgebot verloren gegangener Sparkassenbücher

Die nachstehend aufgeführten Sparkassenbücher der Stadtparkasse München wurden als verloren gegangen gemeldet und deshalb das Aufgebotsverfahren beantragt:

ausgestellt von der Stadtparkasse München	Sparkassenbuch Nr.	auf den Namen des Einlegers
Geschäftsstelle 6	906057864	Sperling Klaus
Geschäftsstelle 24	61097747	Dürnhofer Monika
Geschäftsstelle 24	24064586	Dürnhofer Monika
Geschäftsstelle 24	24341455	Dürnhofer Monika
Geschäftsstelle 36	36467256	Misch Erich und Sofie
Geschäftsstelle 53	53345963	Oberbauer NL Frieda
Geschäftsstelle PB 87	19046481	Mayerl NL Walter
Geschäftsstelle PB SM	907066443	Ruf Thomas

Es wurde am 29.12.2008 verfügt, das Aufgebotsverfahren gemäß Art. 33 ff ABGB durchzuführen. Die Inhaber der vorstehend aufgeführten Sparkassenbücher werden hiermit aufgefordert, ihre Rechte unter Vorlage der Urkunden ab 29.12.2008 binnen drei Monaten, d. h. bis spätestens 30.03.2009, bei der Stadtparkasse München, Ungererstraße 75, 80805 München, anzumelden. Urkunden, für welche Rechte innerhalb der gesetzten Frist nicht geltend gemacht werden, werden nach Ablauf dieser Frist für kraftlos erklärt.

München, 29. Dezember 2008 Stadtparkasse München
Unternehmensbereich Recht

Kraftloserklärung verloren gegangener Sparkassenbücher

Die nachstehend aufgeführten, am 29.09.2008 als verloren aufgegebenen Sparkassenbücher, wurden mit Verfügung vom 29.12.2008 für kraftlos erklärt, nachdem auf das erlassene Aufgebot innerhalb der dreimonatigen Einspruchsfrist Rechte Dritter nicht geltend gemacht wurden:

ausgestellt von der Stadtparkasse München	Sparkassenbuch Nr.	auf den Namen des Einlegers
Geschäftsstelle 2	43065614	Klostermeir Franziska
Geschäftsstelle 3	909419749	Hoffmann Gertraude
Geschäftsstelle 14	14044382	Bermann NL Hans
Geschäftsstelle 23	23091408	Steininger Lisa Miriam
Geschäftsstelle 52	52018371	Bauer Philomena
Geschäftsstelle 52	52068715	Bauer Philomena
Geschäftsstelle 58	58017914	Weirather Irene
Geschäftsstelle 60	60320496	Bauer Heinz-Günther
Geschäftsstelle 66	23695604	Eichler Gudrun
Geschäftsstelle 111	111067146	Reiter Friedrich
Geschäftsstelle FB 111	111373981	Kriegl Günther
Geschäftsstelle SM-1	1982388	Polgar Reven
Geschäftsstelle PB 4	904468808	Simon Katharina
Geschäftsstelle PB 4	904068590	Simon Katharina
Geschäftsstelle PB 87	87377685	Schöllhammer NL Gertrud

Geschäftsstelle PB 109 109376806
Geschäftsstelle PB 109 109376723

Adam Volker
Adam Volker u.
Gotelind

Städte und die prozessualen Auswirkungen durch das Umweltrechtsbehelfsgesetz.

München, 29. Dezember 2008 Stadtparkasse München
Unternehmensbereich Recht

Nichtamtlicher Teil

Buchbesprechungen

Formularbuch Recht und Steuern. Gesellschaftsverträge, sonstige Verträge, Besteuerungsverfahren, Rechtsmittelverfahren, Steuerstraßverfahren. Bearb. von Gerhard Bopp ... - 6., neubearb. u. erw. Aufl. - München: Beck, 2008. XXX, 1444 S. 1 CD-ROM. ISBN 978-3-406-57393-4; € 148.-

Das Vertrags- und Formularhandbuch erläutert umfassend die gesellschafts- und zivilrechtlichen Grundlagen sowie die steuerlichen Konsequenzen von Gesellschaftsverträgen und anderen Verträgen. Darüber hinaus enthält das Werk auch Anträge im Besteuerungsverfahren, Rechtsmittelverfahren und Steuerstraßverfahren.

Alle Vertragsformulare werden grundsätzlich nach ihrer wirtschaftlichen Bedeutung, nach Gesellschafts- und Zivilrecht sowie nach Steuerrecht behandelt. Im Anschluss daran wird jede einzelne Vertragsvorschrift getrennt erläutert, wobei die Kommentierung wiederum nach den einzelnen Rechtsgebieten gliedert ist.

In die Neuauflage wurden neue Formulare zu Genussrechte, Anhörungsrüge, Rechtliche und Steuerliche Due Diligence Anforderungsliste aufgenommen. Der Band berücksichtigt mit Rechtsstand 1. April 2008 die aktuellen Gesetzesänderungen wie Unternehmensteuerreform 2008 und das Jahressteuergesetz 2008. Die geplanten Änderungen durch die GmbH- und Erbschaftsteuerreform sind eingearbeitet.

Alle Formulare sind auf der beigefügten CD-ROM enthalten und können individuell bearbeitet werden.

Verwaltungsgerichtsordnung. Kommentar. Hrsg. v. Herbert Posser und Heinrich Amadeus Wolff. - München: Beck, 2008. XVIII, 1306 S. ISBN 978-3-406-55538-1; € 108.-

Der neue Kommentar zur Verwaltungsgerichtsordnung (VwGO) ist dreistufig aufgebaut. Zunächst geben die Autoren auf der Überblicksebene Kurzerläuterungen. Auf der nächsten Ebene folgt die ausführliche Kommentierung. Im Rahmen der Einzelkommentierungen werden auch die Ausführungsgesetze der Länder zur VwGO berücksichtigt. Mit Beispielen aus der Rechtsprechung, prozesstaktischen Hinweisen und Checklisten wird die Rechtsmaterie vertieft.

Der Praxiskommentar ist auf dem Rechtsstand vom 1. April 2008. Die Änderungen durch das Gesetz zur Neuordnung des Rechtsberatungsrechts sind eingearbeitet, ebenso die Änderungen durch das Gesetz zur Beschleunigung von Planungsverfahren für Infrastrukturmaßnahmen und durch das Gesetz zur Erleichterung von Planungsvorhaben für die Innenentwicklung der

Schulordnung für die Gymnasien in Bayern - GSO. Mit Gesetz über das Erziehungs- und Unterrichtswesen. (BayEUG). - 28. Aufl. - München: Maß, 2008. 223 S. ISBN 978-3-938138-78-6; € 6,50

Die Neuauflage enthält im ersten Teil das Bayerische Gesetz über das Erziehungs- und Unterrichtswesen (BayEUG), das der Schulordnung für Gymnasien zugrunde liegt. Es schließt sich der Text der Schulordnung an.

Die umfangreichen amtlichen Änderungen vom 19.11.2008 der GSO und die neugefassten Bestimmungen des BayEUG vom 22.7.2008 sind am Rand markiert. Die Broschüre ist mit den geänderten Anlagen ausgestattet und enthält die einschlägigen Studentafeln.

Dreier, Thomas und Gernot Schulze: Urheberrechtsgesetz. Urheberrechtswahrnehmungsgesetz. Kunsturhebergesetz. Kommentar. - 3. Aufl. - München: Beck, 2008. XIX, 2000 S. ISBN 978-3-406-57758-1; € 132.-

Der Kommentar aus der gelben Reihe des Beck-Verlages erläutert das gesamte Urheberrecht knapp und präzise. Daneben wird auch das Urheberrechtswahrnehmungsgesetz und der Bildnisschutz (§§ 22 ff. KUG) kommentiert.

Die Neuauflage erfasst die umfangreiche neue Rechtsprechung. Alle Gesetzesänderungen sind eingearbeitet, u.a.:

- das 5. Gesetz zur Änderung des UrhG vom 10.11.2006 mit der Neufassung des § 26 UrhG über das Folgerecht
- das Zweite Gesetz zur Regelung des Urheberrechts in der Informationsgesellschaft vom 26.10.2007 (der sogen. „Korb 2“), u.a. mit Neuregelungen zu den unbekanntem Nutzungsarten, zum Kopierversand auf Bestellung wie auch zur Vergütungspflicht bei Vervielfältigungen im Rahmen der Schrankenbestimmungen
- das zum 1.9.2008 in Kraft getretene Gesetz zur Verbesserung der Durchsetzung von Rechten des geistigen Eigentums. Es regelt u.a. die Inhabervermutung, Abmahnungen bei Urheberrechtsverletzungen, Auskunftsansprüche, Fragen des Umfangs des Schadensersatzes, Vorlage und Sicherung von Beweismitteln und Beschlagnahme an den Außengrenzen der EU.

Wicke, Hartmut: Gesetz betreffend die Gesellschaften mit beschränkter Haftung (GmbHG). Kommentar. - München, 2008. XXX, 580 S. ISBN 978-3-406-57707-9; € 44.-

Das Gesetz zur Modernisierung des GmbH-Rechts und zur Bekämpfung von Missbräuchen (MoMiG) reformiert das Recht der GmbH grundlegend.

Der neue Kommentar zum GmbH-Gesetz erklärt das novellierte Recht prägnant und praxisnah. Eingehend erläutert sind die Themen:

- Beschleunigung von Unternehmensgründungen durch Erleichterung der Kapitalaufbringung

- Haftungsbeschränkte Unternehmergesellschaft (§ 5a GmbHG)
- Musterprotokolle für unkomplizierte Standardgründungen als Anlage zum GmbHG
- Erhöhung der Attraktivität der GmbH im Verhältnis zu ausländischen Rechtsformen, Verlegung des Verwaltungssitzes ins Ausland, gutgläubiger Erwerb von Gesellschaftsanteilen
- Bekämpfung von Missbräuchen der GmbH, verschärfte Haftung des Geschäftsführers.

Elektronischer Einheitsaktenplan (EAPL) für die Gemeinden und Landratsämter in Bayern. Bearb. von Horst Gehringer. - 9. Ausgabe: Nov. 2008. - Kronach: Link, 2008. CD-ROM. ISBN 978-3-556-00813-0; Einzelbezug € 139.-

Die CD-ROM bietet den Elektronischen Einheitsaktenplan (EAPL) 2007 und das Stichwort-ABC aus der gleichnamigen Loseblattsammlung, die miteinander verlinkt sind. Durch einfaches Anklicken eines der ca. 5.600 Stichwörter gelangt man automatisch zur zutreffenden vierziffrigen Fundstelle des EAPL 2007.

Es besteht die Möglichkeit, die Inhalte des Programms an die eigenen Bedürfnisse anzupassen. Sowohl die Fundstellen als auch das enthaltene Stichwort-ABC des EAPL 2007 können editiert werden. Damit werden praxisbedingte Abweichungen von den Vorgaben des EAPL festgehalten. Zudem lassen sich unter Zugrundelegung des EAPL - eigene neue Sachgruppen bilden, die auch im Programm dokumentiert werden. Die Änderungen, Streichungen und Erweiterungen erscheinen in der Indexliste der Suchfunktionen und stehen lokal den anderen Nutzern des Programms innerhalb der Behörde zur Verfügung.

Handbuch des Persönlichkeitsrechts. Hrsg. v. Horst-Peter Götting; Christian Schertz und Walter Seitz. - München: Beck, 2008. LXIII, 1227 S. ISBN 978-3-406-57049-0; € 158.-

Das neue Handbuch stellt das gesamte Persönlichkeitsrecht systematisch dar.

Schwerpunkte der Neuerscheinung sind insbesondere:

- der zivilrechtliche Schutz: die einzelnen Persönlichkeitsrechte, u.a. Recht am eigenen Bild, Namensrecht, Urheberpersönlichkeitsrecht, Recht an der eigenen Stimme und am eigenen Lebensbild
- der strafrechtliche Schutz: alle einschlägigen Vorschriften, insbesondere die Ehrenschilddelikte des StGB
- Grenzen des Persönlichkeitsrechts: Meinungs-, Presse- und Kunstfreiheit
- das aus der Europäischen Menschenrechtskonvention abgeleitete Persönlichkeitsrecht und das Persönlichkeitsrecht Verstorbener
- das Persönlichkeitsrecht im Rechtsverkehr: Künstlerexklusivverträge, Sportler-, Interview-, Merchandising- und Werbeverträge
- Europäisches Recht, Völkerrecht sowie das Persönlichkeitsrecht in den Rechtsordnungen der wichtigsten europäischen Länder und der USA
- Prozessuale Fragen.

Berücksichtigt sind im Konflikt Persönlichkeitsrecht - Presse-recht das jüngste Urteil des BVerfG in der Causa Maxim Biller/Esra und die zahlreichen Urteile in Sachen Caroline, ferner die komplexe Rechtsprechung des EGMR. Im öffentlich-rechtlichen Bereich erfasst sind u.a. die Urteile des BVerfG zum

Lauschangriff, zur Telefonüberwachung, zum Luftsicherheitsgesetz und zur Online-Untersuchung von Computern. Ein differenziertes Inhaltsverzeichnis und ein Sachverzeichnis erschließen das Handbuch.

Bundesfernstraßengesetz mit Autobahnmautgesetz. Kommentar. Hrsg. v. Hermann Müller und Gerhard Schulz. - München: Beck, 2008. XXI, 947 S. ISBN 978-3-406-57586-0; € 118.-

Das Bundesfernstraßengesetz (FStrG) regelt die Rechtsverhältnisse an Bundesautobahnen und Bundesstraßen samt Ortsdurchfahrten.

Der neue gelbe Kommentar aus dem Beck-Verlag erläutert das FStrG auf der Grundlage der Neubekanntmachung vom 28. Juni 2007. Das Werk informiert zudem über die rechtssystematischen Zusammenhänge, wie die Verteilung der Gesetzgebungszuständigkeiten zwischen Bund und Ländern im Straßerecht, die Verwaltungszuständigkeiten und das Verhältnis des FStrG zu den Landesstraßengesetzen.

Die Erläuterungen berücksichtigen die jüngsten Entwicklungen bei öffentlich-rechtlichen Partnerschaften beim Betrieb von Tankstellen und Raststätten sowie beim Ausbau und Neubau von Fernstraßen und deren Finanzierung.

Die Thematik wird abgerundet durch eine Kommentierung des Autobahnmautgesetzes und der Eurovignetten-Richtlinie.

Röger, Bernd: Gesetzlich versichert, trotzdem Privatpatient. Besser versorgt mit der richtigen Zusatzversicherung. - Regensburg: Walhalla, 2008. 143 S. ISBN 978-3-8029-7410-6; € 9,95.

Die Leistungen der gesetzlichen Krankenversicherung werden immer weiter eingeschränkt, gleichzeitig steigt das Angebot an Zusatzversicherungen. Der Autor informiert darüber, welche Zusatzversicherungen wichtig sind und wie viel diese kosten. Neben Informationen zur Krankenversicherung gibt der Ratgeber Auskunft über wichtige private Ergänzungen zum Arbeitslosengeld, zur Altersversorgung, Unfallversorgung und Berufsunfähigkeit.

Schäfer, Heinrich: Nachbarrechtsgesetz für Nordrhein-Westfalen. Kommentar. - 15., Neubearb. Aufl. - München: Beck, 2008. XVI, 249 S. ISBN 978-3-406-57611-9; € 22.-

Der Kommentar erläutert das gesamte in Nordrhein-Westfalen geltende Nachbarrecht. Berücksichtigt sind neben dem Nachbarrechtsgesetz zahlreiche weitere bauordnungsrechtliche und straßenrechtliche Regelungen sowie kommunale Baumschutzsatzungen.

Die Neuauflage bringt das Werk auf den Gesetzesstand 1. Januar 2008 und berücksichtigt die letzten Änderungen der Bauordnung vom 12.12.2006 sowie des Gütestellen- und Schlichtungsgesetzes vom 20.11.2007. Einen Schwerpunkt der Neuauflage bildet die aktuelle Rechtsprechung.

Berkowsky, Wilfried: Die betriebsbedingte Kündigung. Eine umfassende Darstellung unter Berücksichtigung des Betriebsverfassungsrechts und des Arbeitsgerichtsverfahrens. - 6. Aufl. - München: Beck, 2008. LI, 719 S. (Erfurter Reihe zum Arbeitsrecht) ISBN 978-3-406-54934-2; € 46.-

Das eingeführte Werk zur betriebsbedingten Kündigung behandelt ausführlich die Sozialauswahl, die Beteiligung des Betriebsrats, das Sozialrecht, das Arbeitsgerichtsverfahren und das Insolvenzrecht.

Die Neuauflage verarbeitet neben der umfangreichen neuen Literatur die aktuelle Rechtsprechung des Bundesarbeitsgerichts und wichtige Entscheidungen der Instanzgerichte. Berücksichtigt sind das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz und das Gesetz zur Änderung des Sozialgerichtsgesetzes und des Arbeitsgerichtsgesetzes vom 26.3.2008 mit dem neuen Gerichtsstand des Arbeitsortes und dem neueregelten Verfahren bei der Zulassung verspäteter Klagen.

Checklisten, Praxishinweise und Beispiele runden das Werk ab.

Freund, Matthias; Axel Kallmayer und Oliver Kraft: Korruption und Kartelle bei Auftragsvergaben. Prävention, Sanktionen, Verteidigung. - München: Beck, 2008. XIX, 211 S. ISBN 978-3-406-57183-1; € 36.-

Korruption und Kartellrechtsverstöße stellen heute für Unternehmen ein erhebliches wirtschaftliches Risiko dar. Die Neuerscheinung gibt einen Überblick über die wesentlichen strafrechtlichen, kartellrechtlichen, vergaberechtlichen und zivilrechtlichen Rechtsfragen:

- Erscheinungsformen korruptiven und wettbewerbswidrigen Verhaltens
- strafrechtliche und kartellrechtliche Sanktionen
- Verhaltensregeln bei behördlichen Ermittlungen
- vergaberechtliche Sanktionen wie Bieterausschlüsse und Registereintragungen
- zivilrechtliche Konsequenzen, z.B. für bestehende Verträge, Schadensersatz
- Maßnahmen zur Prävention (Compliance-Maßnahmen).

Die praxisorientierte Darstellung wird durch Fallbeispiele ergänzt. Checklisten und Übersichten runden den Band ab.

Arbeitsrechtliches Formular- und Verfahrenshandbuch. Begründet von Günter Schaub. Bearb. von Ulrich Koch ... - 9., neu bearb. Aufl. - München: Beck, 2008. XL, 773 S. ISBN 978-3-406-54364-7; € 89.-

Die arbeitsrechtliche Formulareammlung umfasst Formulare, Mustertexte und Checklisten im Bereich Individualarbeitsrecht, Betriebsverfassungsrecht, Arbeitsgerichtsverfahren, Insolvenzrecht sowie Muster zur Vorlage an das Bundesverfassungsgericht und den Europäischen Gerichtshof.

Die Formulare zum Individualarbeitsrecht beinhalten die arbeitsrechtlichen Vorgänge von der Begründung bis zur Beendigung des Arbeitsverhältnisses. Bei den Formularen zum Betriebsverfassungsrecht ist das Augenmerk auf die Muster zum Organisationsrecht des Betriebsrates, seiner Wahl und seiner Geschäftsordnung und Ausschüsse sowie auf die Mitwirkungs- und Mitbestimmungsrechte gelegt.

Die Neuauflage des bewährten Werkes ist auf dem Stand vom 1. April 2008. Berücksichtigt ist insbesondere die umfangreiche

Rechtsprechung zur Inhaltskontrolle von Arbeitsverträgen, die Einführung des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes und das Gesetz zur Änderung des Sozialgerichtsgesetzes und des Arbeitsgerichtsgesetzes.

Das ausführliche Inhaltsverzeichnis und das detaillierte Sachregister erschließen die Formulareammlung.

Hunold, Wolf: Befristete Arbeitsverträge. - 2., vollständig überarb. und aktualisierte Aufl. - München: Beck, 2008. X, 162 S. 1 CD-ROM (Beck'sche Musterverträge; 39) ISBN 978-3-406-57880-9; € 22,80.

Der Band enthält fünf Musterverträge zu Befristungen nach dem Teilzeit- und Befristungsgesetz (TzBfG):

- Zeit- und zweckbefristete Verträge mit und ohne Sachgrund
- Mehrfachbefristungen
- Befristungsabreden mit Studenten.

Da die Musterverträge jeweils vollständig ausgearbeitet sind, können sie auch für Dauerarbeitsverhältnisse verwendet werden.

Die Neuauflage berücksichtigt die aktuelle BAG- und LAG-Rechtsprechung zum TzBfG, insbesondere die zahlreichen Entscheidungen zur Verlängerung von Befristungen und zur Wahrung der Schriftform. Eine beigelegte CD-ROM enthält die Vertragsmuster.

Kranz, Claudius: TVöD-K. Spartentarifvertrag Krankenhaus. - München: Beck, 2008. XVI, 115 S. (Öffentliches Tarifrecht für die Praxis) ISBN 978-3-406-54453-8; € 29.-

Mit der Ablösung des BAT ist der neue Spartentarifvertrag des Öffentlichen Dienstes für Krankenhäuser (TVöD-K) eingeführt worden.

Die Neuerscheinung stellt das neue Recht für den Dienstleistungsbereich Krankenhäuser im Bereich der Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände vor. Schwerpunkte des Grundrisses sind die Themen:

- Arbeitsvertrag, Nebenabreden, Probezeit
- Pflichten der Ärztinnen und Ärzte
- Arbeitszeit, Bereitschaftsdienst und Ruhezeit
- Eingruppierung, Entgelt und sonstige Leistungen
- Urlaub und Arbeitsbefreiung
- Befristung und Beendigung des Arbeitsverhältnisses.

Corporate Compliance Checklisten. Rechtliche Risiken im Unternehmen erkennen und vermeiden. Hrsg. v. Karsten Umuß. - München: Beck, 2008. XXIV, 383 S. ISBN 978-3-406-57606-5; € 59.-

Corporate Compliance dient primär der Haftungs- und Strafvermeidung für Unternehmen und ihre Organe. Das Ziel ist die Prävention von Schadensfällen, eine Schadensbegrenzung durch frühzeitige Aufdeckung von Rechtsverletzungen und die Erfüllung von Organisationspflichten. Nach einer Einführung in die Thematik stellt der neue Band für die wichtigsten 10 Rechtsgebiete die jeweils maßgeblichen Compliance-Themen anhand von kommentierten Checklisten dar. Der Leit-

faden fasst nach detaillierten Erläuterungen von Compliance-Fragestellungen die wesentlichen Punkte für den schnellen Überblick zusammen.

Engelhardt, Hanns; Michael App und Arne Schlatmann: Verwaltungs-Vollstreckungsgesetz, Verwaltungszustellungsgesetz. Kommentar ... - 8., neubearb. Aufl. - München: Beck, 2008. XXVI, 556 S. ISBN 978-3-406-57314-9; € 64.-

Der Handkommentar aus der gelben Reihe des Beck-Verlages erläutert das Verwaltungs-Vollstreckungsgesetz (VwVG) und das Verwaltungszustellungsgesetz (VwZG) für die Praxis, dabei werden auch die Vollstreckungs- und Zustellungsgesetze der Länder einbezogen. Das Verwaltungszustellungsrecht regelt die Zustellung im Verwaltungsverfahren sowie die Zustellung von Widerspruchsbescheiden im verwaltungsgerichtlichen und sozialgerichtlichen Vorverfahren. Mitkommentiert werden die Vollstreckungsvorschriften der Abgabenordnung sowie das europäische Zustellungs- und Vollstreckungsrecht und das europäische EG-Beitreibungsgesetz.

Die Neuauflage berücksichtigt die ersten praktischen Erfahrungen sowie neueste Rechtsprechung zum neuen Verwaltungszustellungsgesetz, das seit 1.2.2006 in Kraft ist. Eingearbeitet sind die aktuellen Änderungen im Zustellungsrecht der Länder. Daneben waren mehrere Anpassungen im Vollstreckungsrecht der Länder zu berücksichtigen. Der Kommentar ist auf dem Stand Frühjahr 2008.

Heller, Robert E. und Holger Soschinka: Wafferecht. Handbuch für die Praxis. 2. umfassend überarb. Aufl. - München: Beck, 2008. XXIII, 498 S. ISBN 978-3-406-55727-9; € 55.-

Die beiden Autoren vermitteln einen fundierten Einstieg ins Wafferecht unter verwaltungs- und ordnungsrechtlichen sowie gewerberechtlichen Aspekten. Das Handbuch wendet sich an ei-

nen Personenkreis, der privat oder beruflich Umgang mit Waffen hat sowie an Juristen, Mitarbeiter in Verwaltungsbehörden, Ausbilder und Sachverständige. Übersichten sowie Fotos und Illustrationen der unterschiedlichen Waffentypen veranschaulichen die Darstellung.

In die umfassend überarbeitete Neuauflage ist die Novelle zum 1. April 2008 durch das Gesetz zur Änderung des Waffengesetzes vollständig eingearbeitet. Betroffen sind 37 Paragraphen und der Anhangtext des Waffengesetzes. Die Gesetzesnovellierung bringt erhebliche Verschärfungen im Hinblick auf Klingengewaffen. Zudem ist das Führen von Anscheinswaffen wie Airsofts, Air-Taser und Dekorationswaffen in der Öffentlichkeit verboten.

Kollmer, Norbert: Arbeitsschutzgesetz und -verordnungen. Ein Leitfaden für die betriebliche Praxis. - 3. Aufl. - München: Beck, 2008, XX, 280 S. ISBN 978-3-406-57823-6; € 32.-

Das Arbeitsschutzgesetz (ArbSchG) ist die zentrale Rechtsgrundlage des betrieblichen Arbeitsschutzes. Der Band informiert über den Anwendungsbereich, insbesondere über

- die umfassende Geltung des Arbeitsschutzgesetzes für alle Tätigkeitsbereiche,
- die Gefährdungsbeurteilung und Dokumentationspflicht,
- die Pflichten des Arbeitgebers,
- die Rechte und Pflichten des Beschäftigten,
- die Rolle des Betriebsrates im Arbeitsschutz,
- die Überwachung und Vollzug des ArbSchG,
- die Regelungen des Unfallverhütungsrechts (SGB VII).

Zudem gibt der Band einen Überblick über die aufgrund des ArbSchG erlassenen Rechtsverordnungen.

Die Neuauflage berücksichtigt die Erfahrungen, die insbesondere mit den Instrumentarien der Gefährdungsbeurteilung und der Dokumentationspflicht gemacht wurden. Eingearbeitet ist die neue Literatur und die Rechtsprechung zum Arbeitsschutzgesetz, die sich im wesentlichen auf die Frage der Mitbestimmung des Betriebsrates konzentriert.